Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

17.10.2014

Nr. 59

Inhalt:

Vorbereitung der Bundes- und Landtagswahl	S. 01
Mögliche Nachrücker im Landtag	S. 02
Städtebaulicher Stillstand	S. 02
Haushaltskonsolidierung	S. 03
Langzeitarbeitslose dürfen nicht vergessen werden	S. 03
Meyer optimistisch über Schiffbauentwicklung	S. 03
Sorgen um Sicherheit für Radfahrer	S. 04

Januar 2002

„Garant für emsländische Interessen"

SPD bereitete Bundestags- und Landtagswahl vor - Genossen zuversichtlich

Meppen

Mit den Vorbereitungen der Bundestags- und Landtagswahl beschäftigte sich der SPD-Kreisvorstand in seiner letzten Sitzung. „Wir sind gut vorbereitet", sagte Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihe. „In beiden Bundestagswahlkreisen sind die Wahlkreiskonferenzen gelaufen. Unsere bisherigen Bundestagsabgeordneten Monika Heubaum und Reinhold Robbe wurden mit überwältigender Mehrheit erneut nominiert." Ende Februar erfolgt die Verabschiedung der Bezirksliste.

Auch die Wahlkampfleitungen trafen sich bereits zu einer ersten Vorbereitungsrunde. Astrid Jäger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende aus Lingen, zeigte sich überzeugt, dass beide SPD-Bundestagsabgeordneten auch dem nächsten Deutschen Bundestag angehören werden. „Beide", so Astrid Jäger, „sind die Garanten dafür, dass emsländische Interessen in Berlin Gehör finden." Ein besonderes Verdienst sei die Unterstützung beim Lückenschluss der A 31. 16 Jahre lang war es den CDU-Abgeordneten nicht gelungen, dieses Vorhaben finanziell abzusichern – es wurde geschoben und geschoben. „Das ist jetzt endlich vorbei", betonte Karin Stief-Kreihe.

Der SPD-Kreisvorstand war sich darin einig, dass die Fertigstellung der A 31 im Jahr 2005 für die wirtschaftliche Entwicklung des Emslandes weitere Impulse setzen wird.

„Wir sehen gute Chancen", so Peter Raske, stellvertretender Kreisvorsitzender aus Papenburg, „dass Reinhold Robbe erstmalig den Wahlkreis direkt gewinnen kann."

Die Vorbereitungen der Landtagswahl laufen ebenfalls. Im April/Mai erfolgen die Kandidatenwahlen für die vier Wahlkreise (bisher drei). Zur Landtagswahl 2003, voraussichtlich im Februar 2003, erfolgt ein neuer Wahlkreiszuschnitt. Der Wahlkreis nördliches Emsland wird reduziert um die Gemeinde Lathen. In der Mitte, Wahlkreis Meppen, werden abgegeben die Gemeinden Geeste und Twist. Neu hinzu kommen die Gemeinden Lathen und Freren. Der Wahlkreis Lingen, südliches Emsland, wird verkleinert um Schüttorf und Freren. Neu hinzu kommt ein vierter Wahlkreis „Niedergrafschaft", dem zukünftig die beiden emsländischen Gemeinden Geeste und Twist zugeordnet werden.

Gegenwärtig sei davon auszugehen, dass die beiden Landtagsabgeordneten Elke Müller (Lingen) und Karin Stief-Kreihe (Meppen) wieder kandidieren werden.

Ems-Zeitung 26.01.2002

Emsland-SPD: Robbe kann Wahlkreis direkt gewinnen

Kreisvorstand diskutierte Bundestags- und Landtagswahl

Meppen

Mit den Vorbereitungen der Bundestags- und Landtagswahl beschäftigte sich der SPD-Kreisvorstand in seiner letzten Sitzung.

„Wir sind gut vorbereitet", sagte Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihe. „In beiden Bundestagswahlkreisen sind die Wahlkreiskonferenzen gelaufen. Unsere bisherigen Bundestagsabgeordneten Monika Heubaum und Reinhold Robbe wurden mit überwältigender Mehrheit erneut nominiert." Ende Februar erfolge die Verabschiedung der Bezirksliste im Bezirksausschuss.

Auch die Wahlkampfleitungen trafen sich bereits zu einer ersten Vorbereitungsrunde. Astrid Jäger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende aus Lingen, zeigte sich überzeugt, dass beide SPD-Bundestagsabgeordneten auch dem nächsten Deutschen Bundestag angehören werden.

„Beide", so Astrid Jäger, „sind die Garanten dafür, dass emsländische Interessen in Berlin Gehör finden." „Wir sehen gute Chancen", so Peter Raske, stellvertretender Kreisvorsitzender aus Papenburg, „dass Reinhold Robbe erstmalig den Wahlkreis direkt gewinnen kann."

Erfreulich sei die Entscheidung von Bund und Land, den Lückenschluss der A 31 bis zum Herbst 2005 fertig zu stellen. Der SPD-Kreisvorstand war sich darin einig, dass die Fertigstellung der A 31 für die wirtschaftliche Entwicklung des Emslandes weitere Impulse setzen werde.

Die Vorbereitungen der Landtagswahl laufen ebenfalls. Im April/Mai erfolgen die Kandidatenwahlen für die vier Wahlkreise (bisher drei). Zur Landtagswahl 2003, voraussichtlich im Februar 2003, erfolgt ein neuer Wahlkreiszuschnitt. Der Wahlkreis nördliches Emsland wird reduziert um die Gemeinde Lathen. In der Mitte, Wahlkreis Meppen, werden abgegeben die Gemeinden Geeste und Twist. Neu hinzu kommen die Gemeinden Lathen und Freren.

Der Wahlkreis Lingen, südliches Emsland, wird verkleinert um Schüttorf und Freren. Neu hinzu kommt ein vierter Wahlkreis „Niedergrafschaft", dem zukünftig die beiden emsländischen Gemeinden Geeste und Twist zugeordnet werden. Gegenwärtig, so teilt die SPD in ihrer Presseerklärung mit, sei davon auszugehen, dass die beiden Landtagsabgeordneten Elke Müller (Lingen) und Karin Stief-Kreihe (Meppen) wieder kandidieren werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die Neueinrichtung des Internetauftritts der Kreis-SPD. Mit neuem Erscheinungsbild erfolgt gegenwärtig eine Modernisierung der Internetseiten spd-emsland.de. Als Internetbeauftragter für den Kreisvorstand wurde Peter Raske gewählt.

Ems-Zeitung 25.01.2002

Städtebaulicher Stillstand

Auf Kritik stieß bei der SPD-Fraktion die Vernachlässigung von städtebaulichen Projekten. Trotz der angespannten Haushaltslage dürften die Umgestaltung des Obenender Zentrums und die Umsetzung des Wettbewerbs zum Gelände Rieke-Meyer nicht aufgeschoben werden.

Kritisiert wurde die geplante Erneuerung der Straßendecke in der Umländer Wiek. Hier wurden über 200 000 Euro buchstäblich in den Sand gesetzt. Dies hatte die alte CDU-Fraktion durchgesetzt. Ohne Untergrundsanierung wird es in kürzester Zeit aber wieder zum gleichen Straßenzustand kommen. Bei der jetzigen Haushaltslage müsste laut SPD auf diese Maßnahme verzichtet werden, da dadurch andere städtebaulichen Projekte gefährdet würden.

Priorität sah die SPD-Fraktion in einer möglichst schnellen Verwirklichung der Nordtangente, wie sie im Verkehrsentwicklungsplan vorgesehen war. Dabei müsste es zugleich zu einer weiteren Entlastung der Friesenstraße vom Durchgangsverkehr kommen. Der alte Vorschlag der SPD, diese Entlastung mit einem Durchstich der Nordtangente unter der B 70 mit direktem Anschluss an die Straße „Zur Seeschleuse“ zu erreichen, wurde jetzt auch in den städtischen Planungen berücksichtigt. Eine Umsetzung würde zwar schwierig sein, wäre aber langfristig die beste Lösung.

Kurzfristig sollte mit dem Bau eines Kreisels zwischen Osterkanal und der Hauptstraße nach Völlenerfehn der Einstieg in die Nordtangente erfolgen. Wichtig war jedoch, dass die Unterführung der B 70 möglichst schnell in Angriff genommen würde, damit es zu einer Entlastung der Friesenstraße vom Durchgangsverkehr käme.

Bei der Umgestaltung der Werkseinfahrt der Firma Kolbenschmidt forderte die SPD eine Lösung, die zu einer verbesserten Verkehrsberuhigung der Friesenstraße führt. Nach ihrer Meinung war die beste Lösung die Werkseinfahrt an die Bahnhofsstraße zu verlegen.

Unbefriedigend blieb die Situation am Friederikenplatz. Wegen der schwierigen Eigentumsverhältnisse stockte hier die weitere Planung. Nach dem Ausbau der Friederikenstraße war hier aber dringender Handlungsbedarf. Die SPD appellierte an die Grundstückseigentümer, gemeinsam mit der Stadt in die Planung einzusteigen und neben den berechtigten Eigeninteressen auch die Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl zu bedenken.

FEBRUAR 2002

Langfristige Konsolidierung des Haushaltes

Die SPD wollte dem Haushaltsentwurf und den Streichungen beim Haushalt der Stadt Papenburg nicht zustimmen, weil dadurch die Probleme nicht gelöst sondern nur verschoben würden.

Auf Kritik stieß, dass die CDU-Fraktion in dieser schwierigen Situation nicht den Kontakt zu den anderen Fraktionen suchte, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Die Finanzmisere war hausgemacht. Zum Beispiel wurde die unüberlegte Planung der Verlagerung der Firma BIRO für Stadt zu einer erheblichen finanziellen Belastung. Die von der alten CDU-Fraktion geplante Erneuerung der Straßendecke in der Umländer Wiek hätte die Stadt über 200 000 Euro gekostet.

Die Streichliste der CDU war reine Augenwischerei, mit der die Probleme nicht gelöst, sondern nur in die Zukunft verschoben wurden. Deshalb forderte die SPD einen Finanzausschuss, der Vorschläge für die langfristige Sanierung des Haushalts erarbeiten sollte.

Sie forderte, dass jetzt keine neuen Vorhaben mehr angepackt würden, die nicht finanziert waren. In der jetzigen Situation war auch ein Zuschuss für die Infrastrukturmaßnahmen für Kolbenschmidt nicht zu vertreten. Die SPD ging davon aus, dass ein so großer internationaler Konzern für die örtlichen Probleme Verständnis hätte.

Auf völliges Unverständnis traf die Empfehlung der CDU, die Mittel für die Umweltstiftung zu halbieren. Die Umweltstiftung müsste im Gegenteil neu mit Inhalten gefüllt werden und zu einem schlagkräftigen Instrument der Umweltgestaltung ausgebaut werden.

Die SPD forderte eine möglichst schnelle Umsetzung der Bebauung des Geländes von Rieke-Meyer nach den Vorgaben des Städtebauwettbewerbs. Durch die Vermarktung des Geländes würden erhebliche Mittel in den Haushalt zurück fließen. Auch hier waren die Probleme hausgemacht hervorgerufen durch die Verzögerung der Machbarkeitsstudie des Mobiloskobs.

Die CDU sollte der Bevölkerung endlich reinen Wein einschenken über die finanzielle Situation der Stadt, um dann die notwendigen langfristigen Konsolidierungsschritte gemeinsam mit allen Parteien anzupacken. Kurzfristige Scheinlösungen würden von der SPD nicht mitgetragen.

MÄRZ 2002

Langzeitarbeitslose dürfen nicht vergessen werden

Sorgen bereitete die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik, die hauptsächlich die betriebliche Eingliederung mit kurzfristigen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung förderte. Die schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen oder Arbeitslose mit Behinderungen gerieten bei dieser Politik aus dem Blickfeld.

Angesichts der Diskussion über den Umbau der Bundesanstalt durfte nicht in Vergessenheit geraten, dass durch Globalisierung und Rationalisierung der Wirtschaft ein immer größerer

Anteil von Menschen übrig bleiben würde, der auf dem ersten Arbeitsmarkt in den Betrieben keinen Arbeitsplatz mehr fände.

Leistungskürzungen lösten keine Probleme.

Wenn in Zukunft die Bundesanstalt für Arbeit ihre Aufgabe nur darin sehen sollte, Arbeitslose auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, dann würden diese Arbeitslosen auf der Strecke bleiben. Schon heute bestand durch die Umstrukturierung der Arbeitsmarktpolitik die Gefahr, dass Beschäftigungsinitiativen mit Arbeitsplätzen für diesen Personenkreis gefährdet waren.

Deshalb forderte die SPD-Fraktion in Papenburg den Einstieg in einen zweiten Arbeitsmarkt durch den Aufbau eines gemeinwirtschaftlichen Sektors. Es war absurd, Menschen fürs Nichtstun zu bezahlen, sie in Abhängigkeit vom Staat bringen, obwohl Aufgaben in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht genügend vorhanden waren. Ein auf die ganze Republik ausgedehnter, gemeinwirtschaftlicher Beschäftigungssektor könnte eine Vielzahl unterschiedlicher Betätigungsmöglichkeiten bieten. Gerade Papenburg wäre mit seinen vielfältigen Erfahrungen sinnvoller Beschäftigung Arbeitsloser richtungsweisend für den zweiten Arbeitsmarkt.

Die Beschäftigungsinitiativen zwischen Markt und Staat leisteten mehr und etwas anderes als die jetzige Arbeitsmarktpolitik. Sie waren der Versuch, das Wissen und die Fähigkeiten der Menschen für nützliche Tätigkeiten außerhalb des klassischen Erwerbssektors zu mobilisieren.

Die SPD-Fraktion wollte durch mehrere Gesprächsrunden mit den Betroffenen und den Beschäftigungsinitiativen in Papenburg dieses Problem zum Thema für die Öffentlichkeit und die Politik machen.

Meyer optimistisch über Schiffbauentwicklung

Mitglieder der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN und des SPD-Ortsverein Papenburg besuchten die Meyer-Werft, um sich über die neuesten Entwicklungen im Schiffbau bei der Meyer Werft zu informieren.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 hatten nach den Ausführungen von Bernard Meyer für die Kreuzschifffahrt einen tiefen Einbruch zur Folge. Die Passagierzahlen in diesem Reisesektor brachen dramatisch ein. Die Versicherungsprämien stiegen auch für die Werft plötzlich um zum Teil bis zu 60 Prozent. Erfahrungen aus vergangenen Schiffskatastrophen wie z.B. bei der Estonia und der Aquillo Laura zeigten, dass eine Überwindung der Krise mehr als ein Jahr dauern konnte. So mussten Abgabetermine gestreckt werden. Außerdem stand eine Fusionswelle bei den Reedereien bevor, die zur Folge hatte, dass Neuaufträge nicht vor Ende des Jahres möglich waren.

Bernard Meyer zeigte gegenüber den Besuchern vorsichtigen Optimismus für die Zukunft der Werft in Papenburg. So war die Werft mit ihren Umstrukturierungsmaßnahmen auf einem guten Wege. Mit der Fertig-stellung der neuen Schiffbauhalle und der Inbetriebnahme der neuen digital gesteuerten Schweißtechnik war es gelungen, die Kosten in den Griff zu bekommen. In einem Rahmenvertrag mit der IG-Metall wurde die Einführung der Gruppenarbeit und ein neues Leistungslohnsystem auf den Weg gebracht. Es war gelungen, mit Umsetzungen und Qualifizierung die im vergangenen Jahr neu geschaffenen 400 Arbeitsplätze zu erhalten.

Von großem Interesse für die Besuchergruppe war auch die weitere Entwicklung bei den Werftbesichtigungen. Hier würde, so Jochen Zerran, im Mai die Besucherplattform in der neuen Schiffbauhalle in Betrieb genommen. Man hoffte dann die Zahl der Besucher noch vergrößern zu können. Im Jahre 2001 waren es 200.000 Besucher. Es würde den Besuchern dann auch noch mehr geboten als bisher. Man ging von einer Verweildauer von zwei statt bisher einer Stunde in der Werft aus. So würde überlegt, ob und wie man Fachbesuchern kurze didaktisch aufbereitete Videosequenzen zu einzelnen Produktion-abläufen zur Verfügung stellen könnte. Diese Planung wäre unabhängig von der weiteren Entwicklung des Mobiloskobs. Ob es nun käme oder nicht, die Meyer-Werft würde das Umfeld des Werfttourismus weiter ausbauen und verbessern.

Besuch von Mitgliedern der SPD und GRÜNEN bei Meyer: (von links)Roland Seemann, Bernhard Bloem, Ingrid Lisowski, Hartmut Bugiel, Christa Kröger, Anne Schnieders, Bernard Meyer

Meyer optimistisch über die Entwicklung in Papenburg

SPD-Fraktion besuchte Werft - Neue Besucherplattform

Papenburg Mitglieder der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90-Die Grünen und des SPD-Ortsvereins Papenburg besuchten die Meyer-Werft, um sich über die neuesten Entwicklungen im Schiffbau zu informieren.

Die Ereignisse vom 11. September hatten nach den Ausführungen von Bernard Meyer für die Kreuzschifffahrt einen tiefen Einbruch zur Folge. Die Passagierzahlen in diesem Reisesektor brachen dramatisch ein. Die Versicherungsprämien stiegen auch für die Werft plötzlich um zum Teil bis zu 60 Prozent.

Erfahrungen aus vergangenen Schiffskatastrophen wie z. B. bei der „Estonia" und der „Aquillo Laura" zeigen, dass eine Überwindung der Krise mehr als ein Jahr dauern kann. So mussten Abgabetermine gestreckt werden. Außerdem steht eine Fusionswelle bei den Reedereien bevor, die zur Folge hat, dass Neuaufträge nicht vor Ende des Jahres möglich sind.

Bernard Meyer zeigte vorsichtigen Optimismus für die Zukunft der Werft in Papenburg. So sei das Unternehmen mit seinen Umstrukturierungsmaßnahmen auf einem guten Weg.

In einem Rahmenvertrag mit der IG Metall wurden die Einführung der Gruppenarbeit und ein neues Leistungslohnsystem auf den Weg gebracht. Es sei gelungen, mit Umsetzungen und Qualifizierung die im vergangenen Jahr neu geschaffenen 400 Arbeitsplätze zu erhalten. Dabei sei es wichtig, dass die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Betrieb nicht verloren gehe.

Von großem Interesse für die Besuchergruppe war auch die weitere Entwicklung bei den Werftbesichtigungen. Hier werde, so der Technische Leiter Jochen Zerran, im Mai die Besucherplattform in der neuen Schiffbauhalle in Betrieb genommen. Man hoffe dann die Zahl der Besucher noch vergrößern zu können. Im Jahr 2001 waren es 200 000 Besucher. Es werde den Besuchern dann auch noch mehr geboten als bisher.

Man gehe von einer Verweildauer von zwei statt bisher einer Stunde in der Werft aus. So werde überlegt, ob und wie man Fachbesuchern kurze, didaktisch aufbereitete Videosequenzen zu einzelnen Produktionsabläufen zur Verfügung stellen könne. Diese Planung sei unabhängig von der weiteren Entwicklung des Mobiloskops. Ob es nun komme oder nicht, die Meyer-Werft werde das Umfeld des Werfttourismus weiter ausbauen und verbessern.

MITGLIEDER DER SPD-FRAKTION besuchten die Meyer-Werft. Unser Bild zeigt von links Roland Seemann, Berhard Bloem, Ingrid Lisowski (Fraktionsmitglied der Grünen), Hartmut Bugiel, Christa Kröger, Anne Schnieders, Bernard Meyer und Peter Raske.

Ems-Zeitung 14.03.2002

Sorgen um Sicherheit für Radfahrer

Papenburg verfügte über ein breit ausgebautes Radwegenetz. Das Fahrrad war für die Bürger ein stark genutztes Verkehrsmittel. Weil für die Zukunft die Nutzung des Fahrrades für die Bürger und den Tourismus an Bedeutung zunahm, war es notwendig, das Fahrradwegenetz verkehrssicher und attraktiv zu gestalten.

Die SPD-Fraktion in Papenburg bemängelte, dass in vielen Bereichen die Breiten der Rad-wege sowie die kombinierten Fuß- und Radwege nicht den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung entsprächen. Hier war dringender Handlungsbedarf. Auch war an vielen Radwegen die Beschilderung falsch bzw. unzureichend.

So müsste die Verkehrsführung für Radfahrer beim Kreisel am Obenende überprüft werden. Hier entwickelte sich durch falsche Verkehrsführung ein Unfallschwerpunkt. Es wurde bereits ein Kind auf dem Fahrrad angefahren. Es war nicht zu verantworten, dass Radfahrer auf einer Spur direkt neben dem Kreisel entgegen der Fahrtrichtung fahren durften. Außerdem war die Entfernung zwischen den Zebrastreifen und den Fahrradspuren zu weit, so dass die Autofahrer nicht mehr mit kreuzenden Radfahrern rechneten.

Ein gravierendes Beispiel für mangelnde Verkehrssicherheit eines Radweges war die Unterquerung der Rheiderlandstraße durch den Deverweg. Die SPD-Fraktion erneuerte ihre Forderung nach einer Untertunnelung der Rheiderlandstraße für Fußgänger und Fahrradfahrer.

Viele Radwege hatten Schlaglöcher oder wiesen gefährliche Querrinnen auf. Vielfach ragten auch Bäume zu tief in Fahrradwege. Deshalb forderte die SPD die Stadt auf, zu überprüfen, welche Radwege reparaturbedürftig waren, und bei Gefährdung Abhilfe zu schaffen.